



**Human Rights Defender
Investigation Division Germany
präsentiert:**



Resolution

Von und für die Bevölkerung im Land der Deutschen

Das Ziel

Wir, die Bevölkerung im Land der Deutschen, bekunden hier den unbeugsamen Willen, die bestehenden politischen und justizialen Zustände in diesem Land nicht weiter zu akzeptieren und hinzunehmen.

Dieses Dokument bezeugt den hohen und heiligen gemeinsamen Willen der Menschen im Land der Deutschen, welcher gehört, gelesen, wahrgenommen, beachtet und respektiert werden soll. Daraus resultiert die zwingende Folge, bestehende Missstände bundesweit, landesweit und kommunal abzustellen sowie einen Zustand herzustellen, der es den Menschen im Land der Deutschen ermöglicht, ein friedvolles Leben in Gemeinschaft miteinander sowie den benachbarten Ländern zu führen.

Die Vorgeschichte

Am 8. Mai 1945 fand die bedingungslose Kapitulation der damaligen Streitkräfte des nationalsozialistischen Reiches unter Adolf Hitler (*auch 3. Reich genannt*) statt, womit das Ende eines grausamen und blutigen Krieges (*bekannt als 2. Weltkrieg*) in diesem Land beendet wurde. Seither herrscht hier Waffenstillstand. Danach übernahmen zunächst die Alliierten Siegermächte unter der Leitung der Vereinigten Staaten von Amerika die politische Führung dieses Landes und veranlassten, dass im Land der Deutschen wieder eine eigene Verwaltung installiert wurde, allerdings unter der Maßgabe, die proklamierten Militärregierungsgesetze (*auch SHAEF-Gesetze genannt*) strikt einzuhalten.

Damit die Verwaltung des Landes der Deutschen wieder in deutsche Hände gegeben werden konnte, stellte die Militärregierung der Alliierten Siegermächte die Bedingung, eine für das Land der Deutschen gültige Gesetzessammlung zu schaffen, an die sich alle Bewohner dieses Landes zu halten haben. So trat am 23. Mai 1949 das von den Besatzungsmächten freigegebene Grundgesetz in Kraft.

In den vergangenen 69 Jahren, seit Inkrafttreten des Grundgesetzes, hat sich im Land der Deutschen sehr vieles verändert – leider nicht alles zum Positiven. Die politischen und justizialen Missstände haben bis heute in unerträglichem Maße zugenommen. Deshalb ist es erforderlich, hier den Willen des Volkes zu verkünden.

Der Inhalt

- Art. 1 – Mensch vs. Person
- Art. 2 – Identität und Souveränität
- Art. 3 – International anerkannter Friedensvertrag
- Art. 4 – Vom Volk angenommene Verfassung
- Art. 5 – Begriffe und Zuständigkeit
- Art. 6 – Demokratische Wahlen
- Art. 7 – Politische Vertreter des Volkes
- Art. 8 – Politische Verantwortung
- Art. 9 – Selbstbedienung aus öffentlichen Geldern
- Art. 10 – Gesetze aus der NAZI-Zeit
- Art. 11 – Einheitliche Rechtssicherheit im Land
- Art. 12 – Familie und Kindererziehung
- Art. 13 – Persönliches Eigentum
- Art. 14 – Rechtssicherheit öffentlicher Organe
- Art. 15 – Rechtstreue öffentlicher Organe
- Art. 16 – Generalverdacht
- Art. 17 – Ungleichbehandlung der Deutschen
- Art. 18 – Justiz- und Polizeistaat
- Art. 19 – Soziale Sicherheit
- Art. 20 – Steigende Altersarmut

Der Wille der Bevölkerung im Land der Deutschen

Art. 1 – Mensch vs. Person

Wir, die Menschen im Land der Deutschen, wollen als MENSCHEN mit allen dazugehörigen Rechten und Pflichten gesehen, behandelt und gewertet werden. Die Behandlung und Wertung des Einzelnen als juristische Personen ist nicht mehr zu dulden. Jeder Mensch hat Rechte als freies und selbstbestimmendes Individuum sowie für sein Handeln die Verantwortung dafür zu tragen, unabhängig von seiner Herkunft, gesellschaftlichen Stellung und/oder beruflichen Tätigkeit. Genau das muss aus den Gesetzen für die Bevölkerung in diesem Land zweifelsfrei hervor gehen und ist entsprechend zu formulieren und festzuschreiben, ohne individuelle Auslegungen und Interpretationen zu ermöglichen.

Art. 2 – Identität und Souveränität

Wir, die Menschen im Land der Deutschen, wollen einen international anerkannten und eindeutig definierten Status als Nation haben. Die Menschen in diesem Land haben ein Recht auf nationale Identität, ohne dafür stigmatisiert, verfolgt oder gar bestraft zu werden. Die landesweit ausufernden Spekulationen, ob wir nun souverän sind oder nicht, müssen zwingen aufhören, um den inneren Frieden zwischen den Menschen in diesem Land nicht weiter zu gefährden. Die justizielle „Auslegungen“ der Gerichte diesbezüglich ist nicht weiter zu dulden.

Art. 3 – International anerkannter Friedensvertrag

Wir, die Menschen im Land der Deutschen, wollen einen international anerkannten Friedensvertrag, der auch den Namen „Friedensvertrag“ trägt. Damit soll gegenüber den ehemaligen Kriegsgegnern eindeutig und unmissverständlich signalisiert werden, dass die Bevölkerung im Land der Deutschen ein friedliches Zusammenleben mit anderen Nationen wünschen und keine Gefahr eines Krieges von diesem Land ausgehen wird. Ein 2+4-Vertrag und sonstige Abkommen mit anderen Bezeichnungen sind dafür völlig ungeeignet und damit nicht relevant für die Weltgemeinschaft. Dieser Missstand ist unverzüglich abzustellen.

Art. 4 – Vom Volk angenommene Verfassung

Wir, die Menschen im Land der Deutschen, wollen eine eigene vom Volk angenommene Verfassung, die auch den Namen „Verfassung“ trägt. Das Grundgesetz ist nach wie vor das Grundgesetz, ein Provisorium, welches entgegen den Militärregierungsgesetzen (*auch SHAEF-Gesetze genannt*) niemals ohne die Freigabe der Alliierten Besatzungsmächte unter der Leitung der Vereinigten Staaten von Amerika hätte geändert werden dürfen. Die seit Inkrafttreten des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 vielfachen Änderungen geschahen immer ohne Genehmigung der Alliierten Besatzungsmächte sowie ohne Abstimmung des Volkes, die bei einer Verfassung zwingend erforderlich gewesen wäre. Somit kann das Grundgesetz niemals die

Funktion einer Verfassung übernehmen. Zudem sind mit den Bundesbereinigungsgesetzen von 2006, 2007 und 2010 weitere Änderungen in Kraft getreten, welche erneute Rechtsunsicherheiten verursachen, die für das friedliche Zusammenleben der Menschen innerhalb dieses Landes nicht tragbar sind, weshalb hier zwingend entsprechende Maßnahmen vorzunehmen sind.

Art. 5 – Begriffe und Zuständigkeit

Wir, die Menschen im Land der Deutschen, wollen klare und für jeden Bewohner dieses Landes leicht verständliche Definitionen, was den Name des Landes (z.B. *Bundesrepublik Deutschland oder Deutschland im Ganzen oder Deutschland*), die Bezeichnungen von Gesetzen und deren Gültigkeitsbereiche (z.B. *Grundgesetz oder Verfassung*) sowie die Zuständigkeiten von Politik, Justiz und Gerichten betrifft. Die Menschen im Land der Deutschen haben ein Recht auf bundesweite, landesweite und kommunale Rechtssicherheit (*siehe Art. 11*).

Art. 6 – Demokratische Wahlen

Wir, die Menschen im Land der Deutschen, wollen die sofortige Beendigung des derzeit bestehenden Wahl-Theaters, welches sich dadurch auszeichnet, dass alle Wahlen manipuliert sind und damit nach dem Sinne des Gesetzes rechtsungültig sind. Bereits bei Entstehung des Wahlgesetzes wurden demokratische Grundprinzipien verletzt, was die Rechtmäßigkeit aller Wahlen anzweifeln lässt. Auch das Bundesverfassungsgericht hat sich diesbezüglich geäußert, wonach die Wahlen seit vielen Jahrzehnten bereits ungültig sind. Stattdessen werden weiterhin einflussreiche Persönlichkeiten in entsprechende Positionen „installiert“. Zur Wahrung der freiheitlich demokratischen Grundordnung sind diese Zustände unverzüglich abzustellen.

Art. 7 – Politische Vertreter des Volkes

Wir, die Menschen im Land der Deutschen, wollen von den politischen Vertretern dieses Landes nicht länger schamlos und unentwegt belogen und betrogen werden. Die Aussage der Kanzlerin Angela Merkel im Jahr 2010, man könne sich auf Versprechungen von Politikern vor den Wahlen nicht verlassen, ist nicht mehr zu tolerieren. Politiker haben keine Generalberechtigung zum Lügen und Betrügen. Sie sollten ein Leit- und Vorbild für die Menschen in diesem Land sein, und nicht als Beispiel für kriminelle Neigungen, Aussagen und Handlungen dienen.

Art. 8 – Politische Verantwortung

Wir, die Menschen im Land der Deutschen, wollen bei nachweisbar fahrlässigen oder mutwilligen Missachtungen gem. Art. 7 die unverzügliche Entlassungen der betroffenen politischen Vertretern dieses Landes sowie den adäquaten Ausgleich der dadurch entstandenen kommerziellen wie auch ideellen Schäden. Jeder politische Vertreter muss sich zwingend seiner hohen Verantwortung bewusst sein und darf zu keiner Zeit die inzwischen weit verbreitete Selbstbedienungsmentalität pflegen. Fahrlässige und/oder bewusste Fehlentscheidungen, Misswirtschaft und nachgewiesene Ge-

setzes- und Rechtsbrüche müssen entsprechend verfolgt und zwingend geahndet werden, um den hier lebenden Menschen das Gefühl der Rechtssicherheit und Gleichbehandlung vor den Gesetzen zu vermitteln.

Art. 9 – Selbstbedienung aus öffentlichen Geldern

Wir, die Menschen im Land der Deutschen, wollen die sofortige Beendigung der Selbstbedienung von Politischen Vertretern des Volkes aus öffentlichen Geldern. Die öffentlichen Gelder sind Steuergelder, die von den arbeitenden Menschen in diesem Land erbracht wurden. Diese sind verantwortungsvoll und öffentlich nachweisbar zu verwalten. Die Installation der automatischen Diätenerhöhungen der Volksvertreter zeigt keineswegs einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Geldern. Auch die Entscheidungen, öffentliche Gelder ohne Zustimmung der Bevölkerung dieses Landes ins Ausland zu schaffen (z.B. *Bankenrettungen, Staatsrettungen, Unternehmensrettungen*), obwohl die Armut im eigenen Land immer steiler ansteigt, zeigt die geringe Wertschätzung von öffentlichen Geldern. Diese Handlungsweisen sind zu unterlassen, zu verfolgen und konsequent zur Verantwortung zu ziehen.

Art. 10 – Gesetze aus der NAZI-Zeit

Wir, die Menschen im Land der Deutschen, wollen die sofortige Abschaffung von Gesetzen und Verordnungen, die ihren Ursprung nachweislich im nationalsozialistischen Reich von Adolf Hitler (*auch 3. Reich genannt*) haben, wie das z.B. bei allen Gesetzen und Verordnungen in Verbindung mit dem Jugendamt der Fall ist (*siehe Art. 12*). Gemäß den Militärregierungsgesetzen (*auch SHAEF-Gesetze genannt*) dürfen im Zuge der Entnazifizierung derartige Gesetze nicht mehr angewendet werden. Dennoch geschieht das jeden Tag, was ein eklatanter Rechtsbruch innerhalb dieses Landes sowie im Zusammenleben mit der Weltgemeinschaft bedeutet. Dieser Zustand ist unverzüglich abzustellen.

Art. 11 – Einheitliche Rechtssicherheit im Land

Wir, die Menschen im Land der Deutschen, wollen bundesweite, landesweite und kommunal einheitliche Gesetze, welche den Menschen in diesem Land eine eindeutige und zweifelsfreie Rechtssicherheit gewährleistet (*siehe Art. 5*). Das beinhaltet die gesetzeskonforme Umsetzung höherrangiger Gesetze in niederrangigen justizialen Bereichen innerhalb allen Gerichtsbarkeiten, und zwar inklusive internationaler Gesetze wie z.B. UN-Resolutionen. Dass heute u.a. Rechtsurteile vom Bundesverfassungsgericht, dem höchsten Gericht in diesem Land, von Amts-, Landes-, Familien- und/oder Verwaltungsgerichten ignoriert werden und die jeweils eigenen Rechtsauffassungen und/oder Rechtsprechungen in willkürlicher Weise angewendet werden, ohne die Möglichkeit zu haben, dagegen Rechtsbeschwerde einreichen zu können, sowie internationale Gesetze wie UN-Resolutionen völlig negiert werden, weshalb die Deutschen immer wieder zu horrenden Strafzahlungen verurteilt werden, ist unter Bezugnahme der bundesweiten, landesweiten und kommunalen Rechtssicherheit nicht weiter zu akzeptieren. Diese Missstände müssen unverzüglich ein Ende haben.

Art. 12 – Familie und Kindererziehung

Wir, die Menschen im Land der Deutschen, wollen den naturgegebenen Schutz der Familie, der in der bereits erwähnten international gültigen Menschenrechtskonvention festgeschrieben ist. Dazu gehört die alleinige verantwortliche Zuständigkeit der Kindererziehung in die eigene Familie, sofern hier keine nachgewiesenen Verletzungen der Kinderrechte stattfinden. Willkürliche Inobhutnahmen durch Jugendämter und Gerichte aufgrund von Verdächtigungen oder Streitigkeiten der Eltern führen meistens zu traumatischen Katastrophen der Betroffenen, die nie mehr revidiert werden können. Die behördlichen und gerichtlichen Qualifikationen zur Beurteilung individueller Situationen sind insbesondere im Hinblick auf einseitige und unqualifizierte Gefälligkeitsgutachten zumeist sehr zweifelhaft. Die hier durch Willkür, gewaltsamen Kinderraub und zerstörender Entfremdung von Kindern und Eltern (auch PAS genannt) entstandenen und entstehenden Schäden sind nicht bezifferbar und führen in aller Regel zu massiven negativen Veränderungen von Psyche und Entwicklung der Betroffenen. Diese Vorgänge sind unverzüglich zu stoppen, die Entscheider zu belangen und entsprechend zur Verantwortung zu ziehen.

Art. 13 – Persönliches Eigentum

Wir, die Menschen im Land der Deutschen, wollen insbesondere die über die Grundrechte festgeschriebene Rechtssicherheit über das eigene Vermögen wie z.B. Immobilien und Vorsorge für das Alter. Die willkürlichen Enteignungen, Pfändungen und Vollstreckungen aus Gründen der Profitmaximierung und/oder des Machterhalts, welche zur völligen Zerstörung menschlicher Existenzen führen, sind unter Bezugnahme der international gültigen Menschenrechtskonvention nicht weiter zu dulden. Die entsprechenden Gesetze und Verordnungen sind unverzüglich zu streichen bzw. abzuändern. Verstöße dagegen sind zu verfolgen sowie nachhaltig und empfindlich zu bestrafen.

Art. 14 – Rechtssicherheit öffentlicher Organe

Wir, die Menschen im Land der Deutschen, wollen klare Rechtsstellungen von Justiz, Behörden und Verwaltungsorganen, die in erster Linie den Bewohnern dieses Landes zu Diensten zu sein haben, und nicht als unangreifbare herrschende Gewalt wahrgenommen werden dürfen. Hierbei ist es erforderlich, alle Bediensteten der öffentlichen Organe mit den Rechtsstellungen, Gesetzen und besonders mit den Menschenrechten vertraut zu machen. Die Anwendung von untergeordneten Verwaltungsgesetzen und Ordnungen, welche in nachweisbarer Kollision zu übergeordneten Gesetzen und den Grundrechten der Menschen stehen, ist unverzüglich zu unterlassen und dafür zu sorgen, dass sich solche Missstände nicht mehr wiederholen.

Art. 15 – Rechtstreue und Unterschriften

Wir, die Menschen im Land der Deutschen, wollen nicht ständig von öffentlichen Organen wie Politik, Justiz und Behörden mit Gesetzen und Verordnungen konfron-

tiert werden, obwohl sich diese Organe selbst nicht an ihre eigenen Gesetze halten. Im Parlament z.B. dürfen Gesetze nur mit einer entsprechenden Mehrheit verabschiedet werden. Tatsächlich aber werden nur Anwesende mit Beschlusskraft ausgestattet, obwohl die Mehrheit nicht anwesend ist. Zudem werden die meisten Gesetze still und heimlich verändert und/oder verabschiedet, ohne die Bevölkerung hierüber in Kenntnis zu setzen. Richter und Verwaltungsangestellte versenden Beschlüsse und Forderungen ohne Unterschriften, weshalb hier niemals Rechtskraft entstehen kann. Dennoch werden derartige Beschlüsse und Forderungen mit Gewalt durchgesetzt – auch wieder ohne rechtsverbindliche Unterschriften. Diese Gebaren lösen bei der Bevölkerung Misstrauen, Zweifel und Widerstand gegen die öffentlichen Organe aus, was den inneren Frieden dieses Landes empfindlich stört, weshalb diese Missstände unbedingt abzustellen sind.

Art. 16 – Generalverdacht

Wir, die Menschen im Land der Deutschen, wollen die menschenrechtskonforme Behandlung durch Polizei- und Justizorgane. Insbesondere die unbegründete Vermutung, dass ein unschuldiger Bewohner dieses Landes in terroristische Aktivitäten verwickelt sein könnte, gibt den Polizei- und Justizbehörden die Möglichkeit, Machtmissbrauch in Verbindung mit ungerechtfertigten Aktionen zu begehen, die für die Betroffenen fatale bis hin zu lebensbedrohlichen Auswirkungen haben können. Das schafft nur Misstrauen gegenüber den Polizei- und Justizbehörden, weshalb diese schon lange nicht mehr als „Freund und Helfer“ wahrgenommen werden. Dieser Zustand ist nicht länger zu dulden und unverzüglich abzustellen.

Art. 17 – Ungleichbehandlung der Deutschen

Wir, die Menschen im Land der Deutschen, wollen nicht mehr der Ungleichbehandlung durch Politik, Justiz und Behörden ausgesetzt sein. Jeder Deutsche wird wegen Kleinigkeiten unverhältnismäßig schwer verfolgt und bestraft, die Zugereisten hingegen werden stellenweise mit Samthandschuhen behandelt, selbst wenn diese schwere Kapitalverbrechen begangen haben. Diese Ungleichbehandlung, die laut Gesetz, vor dem alle Menschen gleich sein sollen (*siehe Art. 3 Abs. 1 GG*), verboten ist, stört den inneren Frieden dieses Landes und muss deshalb unverzüglich abgestellt werden.

Art. 18 – Justiz- und Polizeistaat

Wir, die Menschen im Land der Deutschen, wollen keine Armee von Polizei und Justizkräften, die in erster Linie den Gerichten und Vollstreckungsbediensteten als Erfüllungsgehilfen zur Verfügung zu stehen haben. Ohne ausreichende Gefährdungsgrundlage, die den inneren Frieden dieses Landes betreffen, sind Erfüllungstätigkeiten von Gerichten und Vollstreckungsbediensteten keine Aufgaben der Polizei und Justiz, die in erster Linie zum Schutz der Bevölkerung in diesem Land vor Kriminalität und Rechtsbruch zuständig sein sollten. Mit der Einführung der neuen Polizeiaufgabengesetze der Länder soll eine gesetzliche Legitimation für Handlungen geschaffen werden, die den Grundrechten der Menschen komplett widersprechen.

Hier soll künftig in unverhältnismäßiger Weise Gewalt ausgeübt werden, was mit allen gültigen Grundrechten der Menschen kollidiert. Die Angst vor einem brutalen und unkontrollierbaren Polizeistaat ist berechtigt und wächst erschreckend. Dies ist nicht weiter zu dulden und unverzüglich abzustellen.

Art. 19 – Soziale Sicherheit

Wir, die Menschen im Land der Deutschen, wollen nicht mehr hinnehmen, dass Bezieher von Sozialleistungen jeglicher Art zum Spielball der Justiz und der Behörden werden. Viele Bezieher von Sozialleistungen sind völlig unverschuldet in diese Situation gekommen. Anstatt ihnen zielführend zu helfen, werden sie teilweise kriminalisiert. Infolge dessen werden ihnen weitere Erschwernisse und Sanktionen auferlegt, welche die ohnehin schon schwierigen Situationen noch mühsamer werden lassen. Im Gegenzug werden Neubewohner dieses Landes mit fürstlichen Leistungen versehen, obwohl diese zu keiner Zeit etwas dazu beigetragen haben – dies zumeist auch gar nicht wollen. Dieser Teufelskreislauf muss durchbrochen werden. Jegliche Form von Erniedrigungen (*siehe Art. 1 Abs.1 GG*) gegenüber Empfängern von Sozialleistungen sind unverzüglich abzustellen.

Art. 20 – Steigende Altersarmut

Wir, die Menschen im Land der Deutschen, wollen die Wiedereinführung und sozialgerechten Anpassungen von Renten, Zusatzrenten und jede Art von Altersvorsorge. Es ist nicht hinnehmbar, dass Menschen 45 oder mehr Jahre gearbeitet und Rentenversicherungsbeiträge bezahlt haben, um am Ende dann trotz Vorsorge auf Sozialleistungen angewiesen zu sein. Die Rentenkassen wurden zum Haushaltsausgleich der Bundesregierung zweckentfremdet geplündert. Beschäftigte mit einem Beamtenstatus müssen keine Rentenbeiträge bezahlen, kassieren aber hohe Pensionen, die wiederum aus den Rentenkassen entnommen werden. Das ist verschenktes Geld ohne erbrachte Vorsorgeleistung. Den Rentenzahlern dagegen fehlen damit ihre erbrachten Altersvorsorgezahlungen. Dieser Missstand stört erheblich den inneren Frieden dieses Landes, weshalb er unverzüglich beseitigt werden muss.

Die Forderungen

Die regierenden Machthaber müssen zwingend lernen, dass dieses Land das Land der Deutschen ist, und nicht deren Land. Dieses Land sowie dessen Sozialstrukturen ist weder ein Selbstbedienungsladen, noch dessen Justizstrukturen ein Macht-Monopoly. Die politischen Strukturen dürfen nicht mehr dazu benutzt werden, um finanzielle Interessen durchzusetzen, während die Mehrheit der Menschen dieses Landes wie Sklaven gehalten werden. Der Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes besagt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Dieser Artikel wurde in den vergangenen 69 Jahren zig-tausendfach mit Füßen getreten. Das ist kein Missstand mehr, sondern politisch organisiertes Verbrechen gegen Menschen und deren Würde. Dem muss jetzt zwingend ein Ende gesetzt werden.

Der Aufruf

Die Bevölkerung im Land der Deutschen wird aufgerufen, diese Resolution zu unterzeichnen und damit ihren unbeugsamen Willen zusammen mit der Zustimmung dieser Artikel zu bekunden. Eine Durchsetzung dieser Resolution kann nur erfolgen, wenn diese in sehr großer Zahl verbreitet, angenommen und unterzeichnet wird. Wir, die Bevölkerung dieses Landes, haben die Macht dazu – nutzen wir sie. Damit haben wir ein Instrument, um in diesem Land tatsächliche Veränderungen herbei zu führen.

Diese Resolution soll im gesamten Gebiet der deutschen Bevölkerung verbreitet werden. Druckt sie aus, gebt sie Euren Familien, Verwandten, Freunden, Nachbarn, Arbeitskollegen, Arbeitgebern und jedem, der dieses Land bewohnt.

Zeigen wir der Welt, dass „Einigkeit und Recht und Freiheit“ nicht nur schöne Worte in einem Lied oder auf einer Münze sind. Werden wir endlich EIN Volk. Denn ein Volk in Einigkeit kann sich nicht irren.

Germany, 08.07.2018

Autor: Thomas Kaiser – Menschenrechtsverteidiger und Visionär

Dokument Resolution für ein neues Deutschland © 2018

Internet-Adresse:

http://www.hrdidg.d-s-d-v.de/pdf/de/18_07_08-resolution-de.pdf



Wer die Resolution im Internet nicht zeichnen kann, kann nachfolgend unterschreiben.

**Wir nehmen diese Resolution vom 08.07.2018
>Von und für die Bevölkerung im Land der Deutschen<
an und bekunden damit unseren unbeugsamen Willen:**

Vorname und Nachname

Wohnort

Alter

_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____

Rücksendung an bekannte Adresse von Thomas Kaiser oder an: h-r-d@tk-hn.de